

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XX, 116

Bonn, den 23. Juni 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

Willkommener Besuch

12

Zur Deutschlandreise des österreichischen Staatspräsidenten

2 Auf der letzten und schwierigsten Suche 45

Verdienstvolle Aktion des Deutschen Roten Kreuzes

3 Zahlen sprechen eine nüchterne Sprache 34

Vom Beschrei über die Wiedergutmachung

Von Hein Hamacher, MdB

3 - 4 "Ich muß zugeben ...!" 48

Ghruschtschow über die Sowjetunion

5 - 6 Bergarbeiterstreik, Osthandel, Inflationsgefahren 90

Bilanz der Straßburger Europa-Tagung

Von E. C. Heinrich

Assistent für Europa-Fragen bei der SPD-Bundestagsfraktion

\* \* \*

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

Willkommener Besuch

Zur Deutschlandreise des Österreichischen Staatspräsidenten

sp - Zum ersten Male in der Nachkriegszeit besucht ein Österreichischer Bundespräsident die Bundesrepublik Deutschland. Dr. Adolf Schärf ist ein hochwillkommener Gast. Nicht nur in seinem Lande genießt er als Architekt des neuen Österreich Hochachtung. Wir bewundern in ihm den Mann, der es mit anderen klugen, patriotisch gesinnten und vorausschauenden Männern zuzuge brachte, nach Kriegsende die staatliche Einheit Österreichs zu bewahren und die Fesseln der sowjetischen Besatzungsmacht wieder loszuwerden.

Nach dem ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch der Doppelmonarchie gehörte Österreich zu den Sorgenkindern Europas; es litt nicht nur an chronischer Arbeitslosigkeit, zum Unglück wurden ihm die tödlichen Gegensätze zwischen den Parteien, die schließlich die Alpenrepublik zur leichten Beute des Dritten Reiches werden ließ. Das hinterließ bittere und schmerzliche Wunden. Sie sind heute vernarbt.

Die zwei großen Parteien, die Sozialisten und die Christlich-Soziale Volkspartei, fanden den Weg zueinander und legten die Grundlage zu einem in sich gefestigten Staat. Die freiwillig auf sich genommene Neutralität hält Österreich ausserhalb der Militärblocke, was ihm nicht zum Nachteil gereicht. Die Auflockerung im Ostblock hat die Stellung der Alpenrepublik aufgewertet. Über der alten Kaiserstadt Wien strahlt westlicher Einfluß nun wieder weit in den Osten und Südosten Europas hinein. Die historisch gewachsenen Bindungen mit den Donauländern, mit denen Österreich viele Jahrhunderte lang gemeinsames Schicksal teilte, kommen wieder sichtbarer zur Geltung. So führt der Weg nach Europa für Tschechen, Ungarn und Jugoslawen über die Donaustadt Wien als erste Zwischenstation.

Staatspräsident Dr. Adolf Schärf kommt aus der ruhmreichen sozialistischen Bewegung. Wiederholte Verhaftungen in der Dollfuß- und Hitlerzeit bestärkten ihn in seinen Grundüberzeugungen. Seine Parteifreunde wählten ihn 1945 zum Parteivorsitzenden im wiederverstandenen Österreich und zum Vizekanzler, wenn Österreich die Wirren der Nachkriegszeit verhältnismäßig rasch überwand, kommunistische Zersetzungsversuche im Keim niederschlagen konnte und zu einem blühenden Staatwesen wurde, so verdankt es dies zu einem großen Teil auch dem jetzigen Staatspräsidenten. Seine sichere Führung gibt der Alpenrepublik Ruhe und Stabilität.

Natürlich hat auch Österreich Sorgen. Unter einer drohenden Aufspaltung des freien Europa in einander bekämpfende Wirtschaftsblocke EWG und EFTA hätte es als ein Land, das nach West und Ost exportieren muß, um leben zu können, am meisten zu leiden. Seine Neutralität verbietet ihm die Vollmitgliedschaft in der EWG; als Ausweg bietet sich die Assoziation an. Verhandlungen darüber sind seit langem in Brüssel im Gange. Der hohe Gast aus Wien und sein Außenminister werden sich in ihren Gesprächen mit deutschen Politikern überzeugen können, daß das neue Deutschland viel Verständnis für die besondere Lage seines südlichen Nachbarn mitbringt. Die Schatten der Vergangenheit, die das Verhältnis von Österreichern zu Deutschen trübten, sind wohl für immer gewichen. Beide Länder verbindet nicht nur gemeinsame Sprache und Kultur, beide Länder streben, wenn auch auf verschiedenen Wegen, das gemeinsame Ziel der Schaffung eines geeinten Europa an, in dem Freiheit, Demokratie, sozialer und kultureller Fortschritt und Völkerverständigung sich zur höchsten Blüte entfalten.

## Auf der letzten und schwierigsten Suche

### Verdienstvolle Aktion des Deutschen Roten Kreuzes

sp - Das Deutsche Rote Kreuz beginnt in den nächsten Tagen mit der Nachforschung von 116 000 Zivilverschollenen des letzten Krieges. Es handelt sich hierbei um die letzte große Suchaktion des DRK, die zugleich auch die schwierigste sein wird. Die Suche nach der rund 3,2 Millionen Wehrmachtsangehörigen ist inzwischen weitgehend abgeschlossen worden und zu 90 Prozent erfolgreich gewesen.

Bei der Forschung nach den Zivilpersonen kann man nicht von festen Einheitslisten ausgehen, wie sie immerhin weitgehend für die Wehrmacht bis Kriegsende bestanden. Auch gibt es keine Fotografien, wie sie für die Soldbücher im Doppel angefertigt wurden. Bei dem Personenkreis, nach dem jetzt geforscht werden soll, handelt es sich vor allem um Verschollene aus den Ostprovinzen und aus den Siedlungsgebieten der Ost- und Südost-Europa-Deutschen. Diese Personen wurden seinerzeit mit Trecks umgesiedelt oder aus ihrer Heimat vertrieben.

Eine wesentliche Hilfe wird die Vereinarung darstellen, die zwischen dem Deutschen Roten Kreuz und den Rotkreuzgesellschaften des Ostblocks abgeschlossen worden ist. Die ausländischen Rotkreuzgesellschaften sind danach bereit, so intensiv bei den Nachforschungen zu helfen, wie es - jedenfalls gegen Ende - bei der Suche nach vermissten Soldaten der Fall war. Das Rote Kreuz der Sowjetunion, Polens, Rumaniens, Ungarns, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei hat 42 000 Anfragen über den Verbleib von Zivilgefangenen entgegengenommen. 34 000 Anfragen sind bereits beantwortet worden und haben vielfach zur Aufklärung beigetragen.

Zur Vorbereitung gehörte auch die Befragung von 150 000 Zivilgefangenen, die in die Heimat zurückgekehrt sind und deren Aufenthaltsort bekannt ist. Sie gaben 514 000 Hinweise, die zur Aufstellung der Unterlagen für die jetzt eingeleitete Suchaktion wichtig waren. Auch die Heimgekehrten Soldaten sind nach Einzelheiten gefragt worden.

Aufgrund dieser Auskünfte hat das Deutsche Rote Kreuz eine Kartei aufgestellt, die nun den einzelnen Bundesländern und Kreisen des DRK zur Verfügung steht. Darin sind die Orte aufgeführt, die von den Zivilpersonen verlassen wurden und die Wege, über die Trecks und Züge der Deportierten reisten. Ferner gibt es Aufstellungen über die Lager, Gefängnisse, Arbeitseinsatzorte und Transportknotenstellen. Eine umfangreiche Liste über Anfragen von Angehörigen und bereits festgestellte Hinweise über den Verbleib der Verschollenen liegt vor. Außerdem steht für die große Befragungskaktion bei jedem DRK-Kreisverband ein umfangreicher Band mit Skizzen bereit, aus dem die Wege von den Vertreibungs- und Verhaftungsorten in die Sammellager ersichtlich sind.

## Zahlen sprechen eine nüchterne Sprache

### Vom Geschrei über die Wiedergutmachung

Von Hein Hamacher, MdB

Über Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland an die Opfer nazistischer Gewaltherrschaft gibt es in unserer Volks-  
gesteuert oder nicht gesteuert, tolle Vorstellungen. Kaziopfer schwim-  
men im Geld. Zahlen zwischen sechzig und hunderttausend Deutsche Mark  
werden genannt, die der einzelne Wiedergutmachungsberechtigte erhal-  
ten hat. Unser Finanzminister spricht von einer Globalsumme von vier-  
zig Milliarden DM, die die Wiedergutmachung einmal kosten soll. Über-  
spitzt gesagt, vielleicht im Jahre 2000, wenn der letzte Renteneuphän-  
ger aus Wiedergutmachungsgesetzen verstorben sein wird.

Amtliche Zahlen sind in der Regel gut unterbaut und meist schwer  
anfechtbar. Sie vermitteln ein echtes Bild und klären das Verhältnis  
zwischen Wahrheit und Dichtung.

Für den Einzelsanspruch nach BEG, lies Bundesentschädigungsgesetz,  
zahlten Bund und Länder bisher im Durchschnitt 7 584,06 DM. Das BEG  
regelt dabei 10 Arten von Schäden und zwar: Schaden an Leben an Kör-  
per oder Gesundheit, an Freiheit, Eigentum und Vermögen, Schaden durch  
Zahlung von Sonderausgaben, Bußen und Kosten im beruflichen Fortkommen,  
im wirtschaftlichen Fortkommen, Soforthilfe für Rückwanderer und  
schließlich Härteausgleich.

Der bundesamtlichen Statistik - Stand 31. 3. 1964 - sind folgen-  
de Zahlen zu entnehmen:

Anmeldungen nach den verschiedenen Schadensarten 3 127 967. Er-  
ledigte Anträge bis zum gleichen Zeitpunkt 2 599 410 = 75,84 Prozent.  
Davon positiv entschieden oder auf andere Weise (Vergleiche) geregelt  
1 890 226. Der Ablehnung verfielen 708 068 Anträge - 27,26 Prozent.

Unter Einbeziehung von 272 086 Anträgen, die vor dem 30. Juni  
1956 erledigt wurden, zahlten Bund und Länder bis zum 31. 3. 1964 für  
2 862 714 Ansprüche nach BEG 6 402 145,- DM. Pro Antrag also  
7 584,06 DM. Wer es nicht glaubt, kann es nachrechnen.

Natürlich gibt es Verfolgte, die mehrere Ansprüche an das Gesetz  
haben. Aber was soll es, mit einigen zehntausend Deutsche Mark sind  
die grausamen Verbrechen an unschuldigen Männern und Frauen nicht  
wiedergutmachen, wird die Vergangenheit nicht überwunden. Zahlen  
sprechen eine nüchterne Sprache, das gilt auch für Reden am Sonntag.

+ + +

"Ich muß zugeben ..."

### Chruschtschow über die Sowjetunion

sp - Der russische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow  
ist nach Schweden weitergereist, nachdem er in Dänemark vor allem mit  
seiner Schlagfertigkeit brilliert hatte. Dennoch gibt es eine Serie  
von Auseinandersetzungen von ihm, die vielleicht stärker als manches andere die  
Situation des kommunistischen Rußland von heute beleuchten.

Bei der Besichtigung von Sozialwohnungen in Kopenhagen sagte Chruschtschow:

"Ich muß zugeben, daß Ihr etwas hübscher und vollständiger baut als wir. Warum? Weil unsere Bauarbeiter oft vom Land in die Großstädte kommen und ohne rechte Ausbildung sind. Sie müssen erst alles lernen und das sieht man an den Gebäuden."

Chruschtschow dann zu den Elektroherden in diesen Wohnungen:

"Bei uns verwenden wir meist Gas. Das ist billiger. Aber wenn wir uns dem Tag nähern, an dem wir den Kommunismus erreicht haben, dann wollen auch wir Elektrizität haben. Ihr seid reich. Ihr könnt Euch das schon jetzt erlauben."

Chruschtschow bei seiner Begrüßungsrede nach der Landung an der Langelinie in Kopenhagen zu Landwirtschaftsministern:

"Dänemark hat eine blühende Landwirtschaft, wir sind noch nicht so weit. Aber deshalb seid Ihr noch lange nicht gereicht und wir dünn. Das Problem liegt viel einfacher. Ihr habt reichlich Landwirte, wir dagegen sind erst jetzt dabei, eine gewaltige chemische Industrie aufzubauen. Es handelt sich also nicht um die Frage der Systeme, sondern ganz einfach um eine Frage der Kapitalinvestition."

Chruschtschow ferner in der Landwirtschaftsschule Dulan bei Odense auf Fünen:

"Die dänische Meiereiwirtschaft ist vorzüglich, sie hat ausgereifteste Kühe mit ausgezeichnete Milchleistung und hohem Fettprozent, aber sie sind monopolistisch, nicht wahr? Wir können ja mit unsere sozialistischen Sowjetkühen Ihren Bullen gegenüberstellen. Laßt Sie dann die Sache unter sich austragen."

Chruschtschow ferner bei Odense zum russischen Agrarminister:

"Wir müssen zwar jetzt viele Agrarereignisse kaufen, das ist die Folge von Stalins Politik, aber unsere Landwirtschaftsbetriebe werden im Laufe der kommenden Jahre eine größere Produktivität aufweisen. Dann werden wir mit der Zeit vielleicht sogar Agrar-Exportland, darüber laßt uns rechtzeitig ein Gespräch unter Partnern führen. Gewiß legen wir größtes Gewicht auf die Industrie, aber wir wollen uns nicht länger nachsagen lassen, daß wir die Agrarfragen nicht zu meistern vermögen."

Der Kopenhagener Präsident des Stadtparlaments Stjernqvist hegte Chruschtschow Strigens mit einem Wort von Maxim Gorki in Russisch der dänischen Hauptstadt begrüßt: "Es ist ein heiliges menschliches Recht frei zu denken, frei zu sprechen und sich frei zu bewegen". Stjernqvist ergänzte: "Wir sind der Meinung, daß Sie, Herr Ministerpräsident, der Exponent dieser Auffassung sind, und das macht Sie uns besonders willkommen". Nun, es ist schwer zu sagen, inwieweit Chruschtschow ein Exponent dieser Richtung ist, aber es ist klar, wenn die Ideen von Gorki bald nach der russischen Revolution von 1917 Eingang gefunden hätten, die genannten Zitate von Chruschtschow in Dänemark wären nicht mehr denkbar gewesen.

## Bergarbeiterstatut, Osthandel, Inflationsgefahren

### Bilanz der Strassburger Europa-Tagung

Von E. C. Heinrich

Assistent für Europa-Fragen bei der SPD-Bundestagsfraktion

Die Dortmunder Westfalenhalle, bekannt als Arena für Boxkämpfe und Sechstagerennen, ist für den 4. Juli bereits ausverkauft. An diesem Tag wird die Halle jedoch nicht von Sportfans, sondern von mehr als 20 000 Kumpels aus Frankreich, Italien, den Beneluxländern und der Bundesrepublik Deutschland gefüllt sein. Die europäischen Bergarbeitergewerkschaften haben jetzt zu einer internationalen Protestdemonstration nach Dortmund aufgerufen. Ihre Geduld ist am Ende. Das ist verständlich, denn bereits seit 1958 warten sie vergebens auf den Abschluß eines Europäischen Bergarbeiterstatuts.

In dem 1958 von den Gewerkschaften vorgelegten Statutentwurf sind jene grundlegenden Forderungen enthalten, die dem Bergmann seine soziale Spitzenstellung sichern sollen. Zu den wesentlichen Punkten gehören die 35-Stundenwoche im Bergbau, ein Mindesturlaub von vier Wochen jährlich und Urlaubsgeld, die Herabsetzung der Altersgrenze auf 55 Jahre, Überstundenzuschläge von 50 Prozent, ein garantierter Jahreslohn sowie entscheidende Maßnahmen zum Schutze der menschlichen Arbeitskraft. Auf nationaler Ebene haben die Bergarbeiter diese Rechte bereits überwiegend durchgesetzt.

Die Hohe Behörde der Montanunion bemüht sich ebenfalls schon jahrelang, in dem "Gemischten Ausschuß für die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen im Steinkohlenbergbau" das Statut zu verabschieden. Die Montanbehörde und die sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments haben gerade auf der jetzt beendeten Sitzung des Europa-Parlaments in Straßburg wieder eindringlich den Abschluß des Status gefordert. In einer Entschließung hatte das Europäische Parlament schon 1957 ein derartiges Abkommen befürwortet. Der SPD-Bundestagsabgeordnete und mittlerweile neue Vorsitzende der IG-Bergbau und Energie, Walter Arendt, bezeichnete das Statut während der Energie-debatte als unerlässlich zur Beseitigung der sozialen Unruhe unter den europäischen Bergarbeitern. Das Statut liege auch im Interesse der Arbeitgeber. Man braucht nur daran zu erinnern, daß der deutsche Bergbau 1964 einen Bedarf von 7 000 Berglehrlingen hatte, aber nur 665 Nachwuchskräfte einstellen konnte.

Trotz dieser eindeutigen Zahlen verweigern sowohl die Arbeitgeber als auch die sechs Regierungen den Abschluß des Bergarbeiterstatuts. Damit nicht genug: Sie wollen in den Sitzungen des gemischten Ausschusses der Hohen Behörde über das Statut erst gar nicht verhandeln. Kein Wunder, daß die Gewerkschaftsvorteiler daraufhin die letzte Sitzung des Ausschusses unter Protest verliessen.

Eine pikante Note erhielt die Debatte durch eine Rede des CDU-Abgeordneten Dighans, der der deutschen Montan-Industrie sehr nahesteht. Dighans verteidigte die Ablehnung des Bergarbeiterstatuts. Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums hätten ergeben, daß das Statut den deutschen Bergbau zusätzlich 1,8 Milliarden DM kosten würde. Im offiziellen Sitzungsprotokoll war dann allerdings vom Bundeswirtschaftsministerium nichts mehr zu lesen.

### Angebrachte Warnungen.

Ausser der Energiedebatte erlebte Straßburg noch eine Reihe hochpolitischer Tagungen und Entscheidungen. Die 11. gemeinsame Sitzung zwischen Europaparlament und Europarat war der Stellung der EWG im Welthandel gewidmet. Als ausgezeichnete Kenner der EWG- und Welthandelsprobleme gaben der Belgier Dehouze und der Österreicher Czernetz der Debatte Grundlage und Rahmen. Im Mittelpunkt der Ansprachen stand das Verhältnis EWG-EFTA, der Osthandel, die Entwicklungspolitik, die Welthandelskonferenz und die Kennedy-Runde sowie die Beziehungen zu den USA im Rahmen der Atlantischen Partnerschaft. Von den Sprechern des Europarats wurde immer wieder die Befürchtung geäußert, die EWG sei zu protektionistisch und führe zum Abbau traditioneller Handelsströme. Mit eindrucksvollen Zahlen versuchte der Präsident der EWG-Kommission, Prof. Walter Hallstein, diese Sorgen auszuräumen. Vor allem die Skandinavier waren damit nicht zufrieden.

### Hallstein-Doktrin im Osthandel?

Gegen die Errichtung einer Hallstein-Doktrin im Osthandel sprach sich die Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion des Europa-Parlaments, die SPD-Bundestagsabgeordnete Frau Käthe Strobel, während der gemeinsamen Tagung aus. Nach ihrer Ansicht wachsen gegenwärtig die Chancen, den Osthandel auszuweiten. Ein intensiverer Handelsaustausch mit diesem Markt trage zur Verstärkung der Auflösungsstendenzen im Ostblock bei. Solange keine konkreten Abrüstungsvereinbarungen bestünden, müsse die Embargo-Maße eingehalten werden. Auch dürften beim Osthandel selbstverständlich nicht die freiheitlich-demokratischen Grundsätze preisgegeben werden.

Wie Käthe Strobel weiter sagte, wäre ein Scheitern der Kennedy-Runde eine untrügliche Belastung des westlichen Bündnisses, von der sich der Westen nicht so schnell erholen würde. Bei der Genfer Zollkonferenz dürfe auch nicht das Pflöckchen der Beitrittsverhandlungen mit England wieder eintreten. Die Kennedy-Runde könne sehr viel dazu beitragen, die Aufspaltung Europas in die Wirtschaftsblocke EWG und EFTA zu beseitigen. Käthe Strobel forderte die europäischen Industrienationen auf, einen stärkeren Beitrag als bisher zur Überwindung der Armut in der Welt zu leisten. Die EWG dürfe kein exklusiver Club der Reichen werden.

### Umkehrung der politischen Logik

Die Aufwärtsentwicklung der Preise im Gemeinsamen Markt gibt Anlaß zu ernster Sorge. Das erklärte die Vorsitzende des Wirtschafts- und Finanzausschusses des Europa-Parlaments, die SPD-Abgeordnete Frau Dr. Ilse Elsner, in einer Stellungnahme zur konjunkturpolitischen Lage des Gemeinsamen Marktes. Die Politikerin kündigte an, daß die EWG-Kommission der sechs Regierungen im Herbst weitere Vorschläge zur Bekämpfung der Inflation vorlegen werde. Vor allem in Italien sei die wirtschaftliche Stabilität stark gefährdet. Die von der EWG-Kommission Anfang 1964 gemachten Empfehlungen hätten zwar "in der richtigen Richtung gewirkt", doch sei man in Brüssel bei der Inflationbekämpfung offenbar etwas zu optimistisch gewesen. - Im Zusammenhang mit der Inflationbekämpfung muß auch der Vorschlag von Prof. Hallstein gesehen werden, die EWG-Einnahmesteuern bis Ende 1965 - anstatt bis Ende 1969 - auf Null zu senken. Hallstein verurteilte in Straßburg scharf die europapolitische Logik de Gaulles, die er als "eine unheilvolle Umkehrung der politischen Logik" bezeichnete. Eine politische Union kann sich für den EWG-Chef nur aus einem weiteren wirtschaftlichen Zusammenschluß ergeben.